

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25841
Für die Nachschreiber: Nr. 20011
Schiffvermittlung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - K. 1., Marienstraße 28/29

Bezugsgebühr vom 1. Mai 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Post 1.70 RM.
Vollbezugsbetrag für Monat April 2.40 RM. einchl. 96 Pfg. Postgebühr (ohne Vorkaufleistungsgeld).
Einzelnummern 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die ein-
seitige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote
ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 10 Pfg., die 20 mm breite Zeile 20 Pfg., außerhalb 25 Pfg.
Offertengebühr 20 Pfg. Zusätzliche Aufträge gegen Vorabbesprechung

Draht u. Verlag: Sieblich & Reichardt,
Dresden, Postfach-Rio. 1066 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Verf. u. Nachr.) zulässig. Unverlangte
Schreibstücke werden nicht aufbewahrt

Aber die Deutschen fehlten

Die Spalierbildung für den Trauerzug der Königin Viktoria
Von unserem Stockholmer Korrespondenten

Bei den Trauerfeierlichkeiten für die schwedische Königin haben sich über 6000 Mitglieder von Vereinen und Vereinigungen zur Spalierbildung in den Durchgangsstraßen des Trauerzuges freiwillig angemeldet, um der toten schwedischen Königin die letzte Ehre zu erweisen. Da sieht man nicht nur Landsturm-, Turn- und Jugendvereine, sondern auch Frauenvereine in großer Anzahl. Die Königin hat gerade diese sozialen Vereinigungen und mildtätigen Vereine immer besonders unterstützt; deswegen stehen sie nun auch alle da, die Heilsarmeeoldaten und die Krankenschwestern, die Krankenpfleger, Rotkreuzschwestern und Schulkinder.

Aber auch ausländische Vereine sind mit dabei. Die französische Schule und italienische Kolonie sind mit Schulkindern in Trachten fast vollständig erschienen, um der einstmaligen deutschen Prinzessin ihre Verehrung zu bezeugen, die so gern ein Gast im sonnigen Süden war. Nur eine Kolonie fehlt gänzlich — die deutsche.

Wir haben in Stockholm eine recht große Kolonie mit einer stattlichen Anzahl von Vereinen. Wir haben den Deutschen Frauenverein, wir haben kulturelle und Berufsvereinigungen, aber keine von ihnen hat es für nötig gehalten, bei der Spalierbildung für die letzte Fahrt der Königin mitzuwirken, in deren Land sie Gäste sind.

Die schwedische Königin war eine geborene deutsche Fürstin. Sie war dem Lande Schweden eine wahre Mutter, aber sie war auch eine von den ganz wenigen starken Persönlichkeiten, die es wagen durfte, in einer derartig exponierten Stellung wenigstens im Herzen ihrem einstigen Vaterlande die Treue zu halten. Sie hat nicht nur während des Krieges das neutrale Varmherzigkeitswerk der Verwundeten- und Invalidenpflege großartig unterstützt, sondern auch noch nach dem Kriege alles getan, was in ihrer Macht stand, um die Wunden ihrer blutenden Heimat zu heilen. Sie hat das unbestimmte um alle Parteien für Deutschland getan. Das weiß man im ganzen Auslande, das weiß man in Deutschland, und das weiß man vor allem doch wohl auch in der deutschen Kolonie, in Stockholm.

Warum hat sich also die deutsche Kolonie in Stockholm von dieser letzten Ehre fern gehalten? Weil die hohe Frau mit dem deutschen goldenen Herzen eine — Fürstin und keine Republikanerin war. Deswegen haben sich in Stockholm im letzten Augenblick ein paar Schwarzrotgoldene zusammengetan und gegen die Anregung des Generalkonsuls Däumichen gestimmt, der die Abordnungen vor der deutschen Gesandtschaft aufbauen wollte. Sie haben es tatsächlich fertig gebracht, in einem solchen Moment, wo ein ganzes Land einmütig trauert, den innerpolitischen Streit in Deutschland auch ins Auslande zu tragen und das Trauerpiel deutscher Persönlichkeit auch hier weiterzuspielen.

Den Schweden ist der Parteilampf im Auslande gänzlich unbegreiflich. Sie sehen nur, daß die Angehörigen derjenigen Macht, welche am meisten Veranlassung hätte, ihrer Dankbarkeit Ausdruck zu geben, sich von einer staatlichen Trauerfeier fernhalten, bei der in Schweden nur die — Kommunisten abseits stehen.

Die schwedischen Zeitungen sind natürlich viel zu taktvoll, um darüber ein Wort zu verlieren. Sie verzeichnen nur dankbar die Aufmerksamkeit der ausländischen Kolonien — wie es die italienische verstanden hätte ihrer Dankespflicht Ausdruck zu geben — und schweigen von der deutschen.

Von offizieller und halboffizieller Seite ist Deutschland dagegen würdig vertreten worden. Der in Schweden recht populäre deutsche Geschäftsträger Prinz Erbach-Schönberg schritt als Vertreter des Reichspräsidenten und der Reichsregierung hinter dem Sarge her und legte Kränze für die niedere. Als offizielle Vertretung der Reichswehr war eine Offiziersabordnung des ehemaligen „pommerschen“ Infanterieregiments Nr. 34 Königin Viktoria von Schweden erschienen. Der Generalkonsul Däumichen hatte Telegramme an den König in Rom und an den Kronprinzen geschickt, die beide herzlich erwidert wurden. Am deutschen Trauergottesdienst in der deutschen Gemeinde nahmen sämtliche in Stockholm anwesende Mitglieder der königlichen Familie teil. Die Kirche war bis auf den letzten Platz besetzt.

Um so mehr muß man es bedauern, daß ein paar Aufhänger das Einvernehmen durch parteipolitische Gesichtspunkte störten. Die republikanische Demonstration geschah auf Kosten des deutschen Ansehens im Auslande. Es galt in nicht nur die tote Königin, sondern gleichzeitig auch das Land Schweden zu ehren. Wie gewöhnlich, wenn sich die neudeutsche Parteipolitik bei einer solchen Gelegenheit einmischte, gab es ein vernichtendes Ergebnis. Wenn wir im Auslande unter derartigen Gesichtspunkten weiter arbeiten, dann werden wir unsere letzten Freunde verlieren, die uns bis heute noch geblieben sind.

Italienereschlacht in Paris

Zwei Faschisten von Kommunisten auf der Straße ermordet

Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten

Paris, 15. April. Im Pariser Quartier de la Villette kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen italienischen Faschisten und Antifaschisten. Die Gegner hatten sich schon vor 8 Tagen geprügelt und einander Rache geschworen. Schon damals waren die faschistischen Arbeiter von den italienischen Kommunisten so verletzt worden, daß sie sich im Spital pflegen lassen mußten. Als die Faschisten Montagabend eine Bar betreten, drangen kurz darauf fünf italienische Kommunisten in Begleitung einer Italienerin ein, worauf die Faschisten fortgingen, aber nach kurzem von den Kommunisten eingeholt und angefordert wurden, sich zu ergeben. Zwei leisteten der Anforderung Folge, die anderen entflohen. Sofort schossen die Kommunisten die beiden, die zum Zeichen der Ergebung die Hände hochhoben, nieder. Einer der verwundeten Faschisten zog aber noch seinen Revolver und verletzte einen Kommunisten durch einen Lungenschuß. Als die Polizei auf dem Schauplatz erschien, waren die beiden Faschisten, von denen der eine Vater von acht Kindern ist, bereits tot.

Neue Blutzproesse in Rußland

Moskau, 15. April. Am Montag begann in Charkow ein Prozeß gegen 127 Sowjetbeamte der russischen Holzindustrie, die der „wirtschaftlichen Konterrevolution“ gegen die Sowjetregierung angeklagt sind. Auf der Anklagebank sitzen u. a. mehrere russische Ingenieure, Arbeiter und Vertreter der ukrainischen Intelligenz. Nach amtlichen russischen Mitteilungen schweben zur Zeit in der Ukraine drei große politische Prozesse, bei denen insgesamt 300 Personen angeklagt sind. Man erwartet in diesen Prozessen etwa 50 bis 60 Todesurteile, weil den Angeklagten vorgeworfen wird, Versuche zum Sturz des Sowjetregimes unternommen zu haben.

Moskau, 15. April. In Moskau wurden am Montag neun leitende Angestellte der russischen Genossenschaft „Centrososus“ mit dem Direktor Schkolnik an der Spitze verhaftet. Die Verhafteten werden der wirtschaftlichen Gegenrevolution beschuldigt und sollen durch das oberste Gericht der Sowjetunion abgeurteilt werden.

Der „Centrososus“ ist die größte russische Genossenschaft, die schon vor dem Kriege bestand und ihre Vertretungen im Auslande besaß. Die ersten Sowjethandelsbeziehungen im Auslande wurden auch über diese schon eingeführte Genossenschaft getätigt.

Mitarbeit oder Opposition?

Die Berliner Presse zum Sieg der Reichsregierung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. April. Unter den Beitartikeln, die der gestrigen Reichstagswahl gewidmet werden, sind besonders diejenigen Stimmen der Rechten von Interesse, die sich ausführlicher mit der durch das Auseinanderfallen der deutschnationalen Fraktion geschaffenen Lage befassen.

Von Bedeutung ist, daß sich auch das Blatt des deutschnationalen Parteiführers Dr. Hugenberg, der „Berliner Lokalanzeiger“, bemüht, die durch die Spaltung gegebene Lage nicht auf der Spitze zu treiben. Das Blatt bemerkt, es wolle mit niemanden rechten, der jetzt der Psychose erlegen sei oder der der Psychose seiner Wähler bei der Lage der Dinge in der Fraktion schließlich habe geglaubt, Rechnung tragen zu müssen. So aber wie es jetzt gemeint sei, gebe es nicht weiter. Um der nationalen Bewegung willen dürfe die Schlagkraft der Deutschnationalen Partei durch deren Reichstagsfraktion nicht weiter lahmgelegt werden. — Wenn auch diese Wendungen verschiedene Deutungen offenlassen, so ist der Grundtenor des Beitartikels des Lokalanzeigers doch auf Versöhnlichkeit gestimmt.

Die „Deutsche Zeitung“ enthält sich jeder Stellungnahme, während die „Deutsche Tageszeitung“ es als tief bedauerlich bezeichnet, daß die deutschnationalen Reichstagsfraktion sich nicht wieder zu einer großen Einheit zusammengefunden habe, obwohl doch nach ihrem Auseinanderfallen am Sonnabend klar gewesen sei, daß eine Reichstagsauflösung in diesem Augenblick auch vom Standpunkt der Partei der schwerste Schaden gewesen wäre.

Eindrucksvoll sind die Äußerungen der „D. N. Z.“, die feststellt, daß das deutsche Staatsleben eine große und mächtige konservative Gruppe brauche. Die Auseinandersetzungen vor den deutschnationalen Parteinstanzen dürften also nicht so geführt werden, daß die Gruppe eine nicht wieder aufzumachende Schwächung erfahre.

Die Deutschnationalen Partei werde eine konservative Partei im englischen Sinne werden, oder sie werde untergehen. Als revolutionärer Strohstrupp sei sie vollkommen unbrauchbar, weil sie viel zu groß und viel zu wenig homogen sei. Die Minderheit, die an Adolfs Hilters Seite den integralen revolutionären Nationalsozialismus durchzuführen versuchen

wolle, habe nur zwei Möglichkeiten: entweder ordne sie sich der großen Mehrheit unter, oder sie ziehe die Konsequenzen.

Um alle Mißverständnisse zu vermeiden, erklärt das Blatt nochmals, daß ein Staat in der heutigen Lage Deutschlands einen revolutionären Aufbruch möglicherweise nützlich verwerten könne.

Von links her wirke er sich als heilsamer Druck gegen die Sozialdemokratie aus, von rechts her könne er ein Korrektiv gegen nationale Konquenermissionen sein. Aber beide Bewegungen seien mit Selbstverständlichkeit regierungsunfähig, und sollten ihre, ihnen selbst wahrscheinlich unbewußt, rein taktischen Funktionen im Verfassungslieben nicht verlieren. Einfach unentbehrlich jedoch seien die großen konservativen Massen für den Staat und seine praktische Führung in Regierung und Parlament.

Der „Börsecourier“ hebt hervor, das Ergebnis dieses letzten Kampftages, der den Sonnabend noch an Deltigkeit überboten habe, sei nicht nur die erfreuliche Tatsache, daß der Artikel 48 nicht in Anwendung zu kommen brauche. Knapp vor Tagesbruch der kreditierenden Banken habe das Reich die erforderlichen Mittel erhalten. Die dringendsten Kassen- und Finanznot sei behoben. Das „B.Z.“ erklärt, es zeige sich nur von neuem und auf besonders bezeichnende Art, wie es um die Mehrheit des Kabinetts Brünning bestellt sei. Brünning habe in dem langwierigen Kampfe gefestigt. Aber die erste und größte Aufgabe seines Kabinetts werde es sein, dafür zu sorgen, daß die Kosten dieses Sieges für das deutsche Volk wirtschaftlich und innenpolitisch nicht zu groß werden. Höchst kostspielig werde dieser Sieg auf jeden Fall sein. Die „Voss. Zig.“ glaubt, daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem der Reichskanzler werde überlegen müssen, ob er sich lieber stützen lassen wolle oder dem Sturz durch die Schaffung einer tragfähigen Basis vorbeuge. Auch die Spaltung der Deutschnationalen schaffe der Regierung keine parlamentarische Mehrheit.

Der „Vorwärts“ schreibt, die Regierung Brünning werde dem Volke ungeheuer teuer zu stehen kommen. Das Volk werde sich wehren. Die Sozialdemokratie werde den Kampf gegen die reaktionäre Regierung Brünning unerbittlich fortsetzen. Sie sei sich ihrer Stärke in der Opposition wohl bewußt. Die Wendung des neuen Bürgerblocks gegen die Arbeiterchaft gebe ihr glänzende agitatorische Chancen.

Landwirtschaftszölle und Preissteigerung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. April. Im Anschluß an die gestrigen Entscheidungen über die Agrarfragen im Reichstag ergeht man sich vielfach in Vermutungen über Preisveränderungen, die die agrarischen Produkte in Zukunft haben könnten. In landwirtschaftlichen Kreisen reißt man auf dem Standpunkt, daß Preisveränderungen durchaus nicht notwendigerweise die Folge der neu beschlossenen Zollgesetze sein müssen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Spanne zwischen Produktionspreis und Einzelverkaufspreis über das gerechtfertigte Maß hinausgehe. So wird auch betont, daß der Getreide- und Weizenpreis in den letzten Wochen und Monaten vielfach die gleiche Höhe hatte wie vor dem Kriege und daß trotzdem die Preispreise nicht wesentlich gesenkt worden seien. Hinsichtlich der Benzol- und Benzolsäure, die eine Vertierung der Betriebsstoffe für Kraftfahrzeuge zur Folge haben müssen, hofft man in automobilistischen Kreisen, daß die bisherigen

Preise wenigstens noch über Ostern gesten sollen, damit die Osterreisen nicht schon versteuert werden.

Besprechungen über die Warenhaussteuer

Berlin, 15. April. Unmittelbar nach der endgültigen Annahme der erhöhten Umsatzsteuer im Reichstag fanden im Reichsfinanzministerium Besprechungen über die Durchführung des Sonderzuschlages für Großbetriebe, der sogenannten Warenhaussteuer, statt. An den Beratungen nahmen auch Vertreter der nächstbeteiligten Organisationen, namentlich der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und der Handelskammern, teil. Bei der allgemeinen Darstellung dieses Gesetz gemacht worden ist, sind viele Fragen offen geblieben. Das Reichsfinanzministerium will deshalb vorläufige Durchführungsverordnungen herausgeben. Die endgültige Durchführungsverordnung wird erst im Juni vom Reichsrat erlassen.